

Elbkurier

Informationsblatt des **CDU-Kreisverbandes Magdeburg**

Endlich geschafft – aber kein Grund zum Ausruhen!

Noch nie mussten die Bürger unseres Landes so lange auf eine neue Bundesregierung warten. Am 14. März war es endlich soweit. Mit der erforderlichen Mehrheit wurde die CDU-Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel zum vierten Mal vom Deutschen Bundestag zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Vorausgegangen waren die gescheiterten Verhandlungen einer Regierungsbildung mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen und relativ kurze Verhandlungen mit der SPD. Das Ergebnis der letztgenannten Beratungen war ein 177 Seiten starker Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Sein Titel:

- Ein neuer Aufbruch für Europa
- Eine neue Dynamik für Deutschland
- Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.

Bereits unmittelbar nach dessen Veröffentlichung meldeten sich die ersten Vertreter, die zum einen den Inhalt des Vertrages und vor allem die Verteilung der Ministerien unter den Koalitionspartnern kritisierten. Ja, auf den 177 Seiten finden sich keine 100 Prozent CDU-Politik. Aber in welchem Koalitionsvertrag finden sich nur die politischen Ansätze eines der beteiligten Partner? Ja, wir mussten Kompromisse schließen aber aus meiner Sicht bietet das Gesamtpapier eine ausreichende inhaltliche Basis für eine handlungsfähige Bundesregierung. Die Verteilung der Ministerien war und ist für viele



unserer Mitglieder einer der großen Kritikpunkte an der aktuellen Großen Koalition. Insbesondere, dass nun das Finanzministerium unter der SPD-Führung ist, hat viele enttäuscht. Ja, es ist schmerzhaft, wenn dieses Schlüsselresort, so wie auch das Außenministerium sowie das Arbeits- und Sozialministerium, nicht unter CDU-Führung ist. Aber die Koalitionspartner haben sich gemeinsam zur schwarzen Null, also zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt, per Vertrag bekannt. Dazu kommt, dass natür-

lich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Richtlinienkompetenz inne hat. Noch bevor die SPD-Parteimitglieder per Mitgliederentscheid sich mehrheitlich für den Koalitionsvertrag entschieden, gab es einen Bundesparteitag der CDU am 26. Februar. Zu der 18köpfigen Delegiertengruppe aus Sachsen-Anhalt gehörten mit Ministerin Anne-Marie Keding, Tino Sorge MdB und meiner Person drei Mitglieder der CDU Magdeburg. Zwei wesentliche Punkte standen auf der Tagesordnung. [» weiter auf Seite 4](#)

Aus dem Inhalt



Krzysztof Blau
Jetzt sind die Zivilgesellschaften gefordert

Im Interview

Seite 2



Stahlknecht: „Wer Sorgen äußert, ist nicht rechtsextrem!“

Seite 6



Vorlage zu Baubeschränkungsreichen unzureichend

Seite 7



Roter Salon der Frauenunion: Braucht die Wirtschaft Frauen?

Seite 9



Ratsfraktion bei Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord

Seite 15

Interview mit Krzysztof Blau, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt

Polen und Deutsche – jetzt sind die Zivilgesellschaften gefordert

Elbkurier: Herr Blau, Polen ist nach Frankreich das größte und bedeutendste Nachbarland Deutschlands. Seit 14 Jahren ist Polen Mitglied der EU, seit 1999 Mitglied der NATO. Der Handel beider Länder floriert und zeigt große Wachstumsraten. Trotzdem ist noch viel Distanz und Resentiment zwischen beiden Staaten zu spüren. Und für viele Deutsche ist Polen immer noch terra incognita. Warum ist das so?

Blau: Deutsche und Polen verbindet eine lange Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen. Die Aufteilung Polens von 1772 bis 1918 unter den drei Großmächten Russland, Österreich und Preußen und die zwei Weltkriege mit der brutalen Besatzungszeit von 1939 bis 1945 haben tiefe Spuren im Verhältnis beider Völker hinterlassen. Das darf man nicht vergessen. Die Aussöhnung mit Frankreich hat Jahrzehnte gedauert und wurde wesentlich stärker politisch vorangetrieben als der Aussöhnungsprozess mit Polen.

„... Stadtjubiläen in Polen beziehen sich oft auf das Magdeburger Stadtrecht“

Elbkurier: Aber haben nicht Kanzler Willy Brandt mit seinem Kniefall in Warschau und Kanzler Helmut Kohl mit seiner Einbindung Polens in die EU starke politische Botschaften an das polnische Volk gesandt?

Blau: Die Polen wissen, was sie Helmut Kohl verdanken! Kohl war nicht nur der Kanzler der deutschen Einheit, sondern auch der europäischen Wiedervereinigung. Dieser europäische Aspekt kommt in der Diskussion regelmäßig zu kurz. Ohne Kohl gäbe es diesen europäischen Einigungsprozess mit Polen nicht. Dafür haben Kohl und Mazowiecki schon 1989 die Grundlagen gelegt. Diese Basis dürfen wir nicht kaputt machen.
Elbkurier: Nun haben wir aber in Warschau seit zwei Jahren eine betont nationale Regierung an der Macht, die diese Politik nicht fortzusetzen scheint. Was sollte die deutsche Seite tun?

Blau: Gerade in einer Phase, in der Politik in Polen sehr national und nach innen auf die Umgestaltung des eigenen Landes konzentriert ist, sind die Zivilgesellschaften in Polen und Deutschland gefordert. Die politischen Kontakte kühlen bereits ab. Diese Prozesse dürfen nicht auf die gesellschaftliche Ebene durchschlagen.
Elbkurier: Wo sehen Sie da Ansatzpunkte?

Blau: Das deutsch-polnische Jugendwerk hat z.B. eine viel zu geringe Mittelaus-

stattung, gerade auch im Vergleich zum deutsch-französischen Jugendwerk. Das ist Sparen an der verkehrten Ecke! Der Jugend- und Schüleraustausch funktioniert nur dort, wo sehr engagierte Lehrkräfte die Initiative ergreifen. Das reicht nicht!

Elbkurier: Was tut denn Ihr Verband, um die Beziehungen zwischen beiden Völkern zu verbessern?

Blau: Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 20 Jahren aktiv für eine bessere Verständigung zwischen Deutschen und Polen und für mehr Kenntnisse über das Nachbarland Polen in Sachsen-Anhalt engagiert.

In unserer Arbeit versuchen wir durch verschiedene Aktivitäten das Wissen über das Land Polen, seine Traditionen, Kultur und Sprache zu vermitteln. Wir unterstützen die Regionalpartnerschaft zwischen Sachsen-Anhalt und Masowien sowie die verschiedenen Städtepartnerschaften. Einen Schwerpunkt bildet die Jugendarbeit. Mit dem Projekt „Ein Tag auf Polnisch“ bringen wir den Schülern in Sachsen-Anhalt das „Einmaleins“ über Polen bei. Außerdem sind wir eine Informationskontaktstelle für polnische Bürger in Sachsen-Anhalt. Sie dient als Anlauf- und Informationsstelle und bietet im Einwelthaus in Magdeburg Unterstützung in allen Fragen des täglichen Lebens für „Neubürger“ aus Polen in Sachsen-Anhalt. Polen gehören mit ca. 9000 Personen zur größten Migrantengruppe in Sachsen-Anhalt.

Elbkurier: Wo sollte die Landesregierung Sachsen-Anhalt ansetzen?

Blau: Die Landesregierung trägt ein hohes Maß an Verantwortung für die Fortsetzung des Aussöhnungsprozesses im gemeinsamen europäischen Haus. Mit weiterer Unterstützung der Regional- und Kommunalpartnerschaften, des Jugend- und Schüleraustausches sowie der Kultur und gesellschaftlichen Zusammenarbeit werden Kooperationen aufgebaut, die das Fundament der gemeinsamen Zukunft festigen. Dafür brauchen wir ein klares Bekenntnis.

„Man kann sagen, dass mit Pilsudski quasi der „Messias“ aus Magdeburg kam ...“

Elbkurier: Die Stadt Magdeburg hat vor zehn Jahren eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Radom begründet. Wie kann dieser Kontakt lebendig gehalten werden?

Blau: Die gemeinsame Verantwortung für das Haus Europa bezieht sich natürlich auch auf die Kommunalpartnerschaften.

Die Bewertung der Aktivitäten der LH Magdeburg mit ihrer Partnerstadt überlasse ich dem Leser ...

Elbkurier: Das lässt tief blicken. Dennoch hat Magdeburg einen guten Namen in Polen. Woher rührt das?

Blau: Dafür gibt es zwei wichtige Gründe: Das Magdeburger Stadtrecht ist in Polen weit verbreitet. Viele Stadtjubiläen beziehen sich ausdrücklich auf das Magdeburger Stadtrecht. Der zweite Aspekt ist, dass Marschall Pilsudski im Juli 1917 in Magdeburg in Festungshaft genommen wurde, weil er zwar gegen Russland kämpfen, aber keinen Schwur auf den Deutschen Kaiser leisten wollte. Am 8. November 1918 wurde er jedoch entlassen und hat dann am 11. November in Polen die Republik ausgerufen. Für viele Polen ist diese Geschichte sehr positiv besetzt. Man kann gewissermaßen sagen, dass mit Pilsudski quasi der „Messias“ aus Magdeburg kam und die Nation wieder zu einem eigenständigen Staat führte ...

Elbkurier: Wie wird dieses Stück europäische Geschichte nun 100 Jahre später gefeiert?

Blau: Die Deutsch-Polnische Gesellschaft plant eine Ausstellung über die „Magdeburger Zeit“ von Marschall Pilsudski. Diese Ausstellung soll in Oktober 2018 in Magdeburg eröffnet und im Anschluss in Polen gezeigt werden. Darüber hinaus planen wir in Zusammenarbeit mit mehreren Partnern eine Veranstaltungsreihe, die in Magdeburg, Krakau und Warschau stattfinden soll.
Elbkurier: Könnten die wirtschaftlichen Beziehungen nicht tragfähige Brücken bauen?

Blau: Ja, sicherlich! Die wirtschaftlichen Beziehungen sind eine echte Erfolgsgeschichte, keine Frage. Ich wäre glücklich, wenn alle Ebenen der deutsch-polnischen Beziehungen diese Qualität hätten. Polen liegt auf Platz 7 im deutschen Handel und in Sachsen-Anhalt ist Polen sogar der mit Abstand wichtigste Handelspartner, denn der Austausch von Waren und Dienstleistungen hat sich seit dem EU-Beitritt fast vervielfacht. Das scheint vielen Verantwortlichen nicht bewusst!?

Elbkurier: Das heißt doch, dass Polen in sehr hohem Maße vom EU-Beitritt profitiert hat. Warum gefährdet die aktuelle polnische Regierung diese Entwicklung?

Blau: Ich hoffe, sie macht es unbewusst und kommt bald zur Besinnung. Für ein besseres Verständnis der polnischen Position muss ich aber wieder auf die polnische Geschichte zu sprechen kommen. Die polnische Nation hatte 123 Jahre keine staatliche Existenz, bis es 1918 unter



Krzysztof Blau: Deutschland und Polen bilden die Mitte Europas. Das ist Verpflichtung für beide Völker und verlangt größere Anstrengungen zur Aussöhnung – auch seitens der Stadt Magdeburg und der Landesregierung.
Fotos: Birgit Uebe

Marschall Pilsudski und durch den Versailler Vertrag wieder einen eigenen Staat erreichen konnte. Und in den Jahrzehnten unter sowjetischer Herrschaft hatte Polen erneut eine sehr eingeschränkte staatliche Existenz. Erst seit 1990 ist Polen wieder ein souveräner Staat. Dieses hohe Gut möchte natürlich keine polnische Regierung wieder verspielen.

Elbkurier: Das ist sehr verständlich. Aber ist denn nicht auch der Rechtsstaat und die Aussöhnung mit den Nachbarn ein hohes Gut?

Blau: Selbstverständlich! Das kann ich nur unterstreichen und ich finde diese Entwicklung auch sehr bedauerlich. Aber viele Polen haben die Regierung der PIS ja nicht wegen ihrer nationalen Außenpolitik gewählt, sondern wegen durchaus fortschrittlicher innenpolitischer Maßnahmen. Die PIS-Regierung hat erstmals ein Kindergeld in Polen eingeführt, betreibt massiven sozialen Wohnungsbau und hat die Altersgrenze für die Rente wieder auf 60/65 Jahre

zurückgenommen. Das kommt gut an! Außerdem wird die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung mit steigender Beschäftigung und wachsendem Wohlstand in der Bevölkerung durchaus der konservativen Regierung zugeschrieben. Die PIS hat sogar steigende Zustimmung im Volk – ganz gegen den europäischen Trend.

„Richter aus der kommunistischen Ära sind noch heute im Justizapparat tätig.“

Elbkurier: Die EU leitet wegen der „Gleichschaltung“ der Justiz erstmals in ihrer Geschichte ein formelles Prüfverfahren gegen Polen ein. Es geht also ans Eingemachte oder?

Blau: Es sind sich alle in Polen einig, dass Polen eine Justizreform braucht. Im Gegensatz zur ehemaligen DDR gab es keine Überprüfung der Justiz auf Stasi-Tätigkeit und dergleichen. Richter aus der kommunistischen Ära sind noch heute im Justizap-

parat tätig. Das ist unerträglich. An diese Reform hat sich bislang keine Regierung herangetraut. Das macht jetzt die PIS. Deutschland hat seine Institutionen evolutionär entwickelt, in Polen geschieht das jetzt revolutionär.

Elbkurier: Schafft diese tiefgreifende Reform nicht neue Ungerechtigkeiten und Verwerfungen?

Blau: Es ist zweifellos ein Problem, wenn der Justizminister zugleich oberster Staatsanwalt und praktisch Vorgesetzter aller Richter ist und damit die Gewaltenteilung gefährdet. Aber womöglich ist das für eine kurze Übergangsphase eine Lösung?! Ich hoffe allerdings, dass die polnische Regierung die Errungenschaft der Gewaltenteilung erhält und im Sinne der europäischen Rechtsordnung handelt.

Elbkurier: Polen arbeitet eng mit den anderen mittel-osteuropäischen Staaten der EU zusammen. Welche politischen Ziele verfolgt die PIS-Regierung damit?

Blau: Die polnische Regierung knüpft mit diesen außenpolitischen Aktivitäten an eine frühere Großmachtstellung Polens an, als Polen im 17. Jahrhundert mit der polnisch-litauischen Union zu einer europäischen Großmacht aufgestiegen war und von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer herrschte. Dieser Traum steht sicherlich hinter der Außenpolitik unter dem PIS-Vorsitzenden Jaroslaw Kaczynski. Die Zusammenarbeit der zwölf mittel-osteuropäischen EU-Länder läuft unter dem Begriff „Drei-Meere-Initiative“ und meint die früheren Ostblockstaaten vom Baltikum bis an die Adria. Ich sehe diese Zusammenarbeit nicht gegen jemanden gerichtet, sondern zur Stärkung dieser unterentwickelten Regionen und zur gemeinsamen Interessenvertretung vordergründig in den Bereichen der Energiewirtschaft sowie der Infrastruktur nach dem Vorbild des Intermariums.

Elbkurier: Das setzt aber voraus, dass die EU als großer Rahmen stabil bleibt. Wie sehen Sie die Zukunft der EU unter dem polnischen Blickwinkel?

Blau: Deutsche und Polen sind Nachbarn und werden auch in Zukunft Nachbarn sein. Beide Länder bilden die Mitte Europas. Sie stehen daher in der gemeinsamen Verpflichtung, sich immer wieder aufs Neue nicht nur im Interesse beider Gesellschaften, sondern auch Europas für eine gute Nachbarschaft einzusetzen. Dabei müssen die Werte einer demokratischen und offenen Gesellschaft und der gemeinsame Einsatz für Frieden und Freiheit in Europa auch in Zukunft das Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen bleiben!

Dabei können wir auf die polnische Zivilgesellschaft bauen, die zu 75% die EU-Mitgliedschaft Polens befürwortet.

Elbkurier: Vielen Dank für das Gespräch.

Wilfried Köhler

Fortsetzung S. 1: Endlich geschafft – aber kein Grund zum Ausruhen!



Zum einen der Entwurf des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD und zum zweiten die Neuwahl einer CDU-Generalsekretärin.

Nach der Vorstellung des Vertragsentwurfes durch die CDU-Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel gab es eine Diskussion mit mehr als 50 Wortmeldungen. In meinem Redebeitrag sprach ich mich, trotz aller Bedenken, für eine Zustimmung zum Entwurf aus. Außerdem forderte ich, dass die Programme,

die sich mit den Herausforderungen in Ostdeutschland beschäftigen, jetzt auch zeitnah und wie vereinbart umgesetzt werden. Nach der mehrstündigen Debatte stimmten rund 97 Prozent der fast 1000 anwesenden Delegierten dem Vertrag zu. Mir ist bewusst, dass eine Abstimmung unter allen CDU-Mitgliedern wohl nicht zu einem solch eindeutigen Votum geführt hätte.

Mit fast 99 Prozent wurde später am Tage Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen

CDU-Generalsekretärin gewählt. Vorausgegangen war eine Bewerbungsrede, die ich nur als sehr gut und mitreißend bezeichnen kann. Persönlich habe ich größten Respekt für ihre Entscheidung, ihr Ministerpräsidentenamt für die neue Aufgabe aufzugeben. Das zeigt, wie wichtig ihr die CDU ist. Außerdem wurde beschlossen, bis 2021 ein neues CDU-Grundsatzprogramm zu verfassen. Weitere Information zum Bundesparteitag findet man unter <https://www.cdu.de/berlin2018>.

Dass so wenige Menschen mit Erfahrungen eines Lebens in den fünf neuen Bundesländern der neuen Bundesregierung angehören, ist mehr als bedauerlich. Umso wichtiger ist es, dass die besonderen Belange Ostdeutschlands durch die Abgeordneten aus diesen Bundesländern immer wieder thematisiert werden.

Es muss das Ziel sein, dass aus den vielen „sollen“ im Koalitionsvertrag ein „wir werden“ und am besten am Ende der Wahlperiode zu einem „wir haben“ wird.

Nach meiner persönlichen Auffassung ist es jetzt wichtig, durch alltägliches Regierungshandeln die Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und gleichzeitig die inhaltlichen wie personellen Vorbereitungen für die kommenden Bundestagswahlen zu treffen und zwar ab jetzt.

Tobias Krull

Vorstandsklausur zur Standortbestimmung in Schierke

Wie in jedem Jahr traf sich auch dieses Jahr der Landesvorstand der CDU mit den Kreisvorsitzenden, den Vorsitzenden der Vereinigungen und der Landesfachausschüsse am ersten Märzwochenende in der Jugendherberge in Schierke. Der Kreisverband mit der besten Mitgliederentwicklung und -struktur wurde ausgezeichnet: 2018 der Kreisverband Jerichower Land. Danach nutzten die Teilnehmer die Klausur zu intensiven Gesprächen und Abstimmungen über die eigenen Kreisgrenzen und Arbeitsgruppen hinaus.

Anders als in den Jahren zuvor war jedoch dieses Jahr ein Meinungsforscher aus Österreich eingeladen, der zu der politischen Situation in Österreich, der Wahlkampagne der ÖVP und besonders der politischen Ausnahmebegabung Sebastian Kurz berichtete. Die ÖVP habe sogar zeitweise überlegt, den Parteinamen zu ändern, um mehr auf Sebastian Kurz und die bürgerliche Sammlungsbewegung um ihn herum abzustellen.

Weiter lagen dem Landesvorstand eine ganze Reihe von Anträgen und Beschlüßentwürfen vor: Beschlossen wurden ein Text zur AfD unter der Überschrift „Anstand wahren, Demokratie leben, selbstbewusst Politik gestalten“, um sich von der AfD deutlich abzugrenzen, aber deren Wähler nicht auszugrenzen. Ein weiterer Beschlüß „Eine starke CDU für ein starkes Sachsen-Anhalt – Un-

sere Handschrift in der Kenia-Koalition“ betrifft die Politikgestaltung in der Kenia-Koalition, wobei eine der Herausforderungen 2018 die Novellierung und die Finanzierung der Kinderbetreuung sein wird. Der letzte Beschlüß „Moderne Verwaltung – Sachsen-Anhalt digital“ weist noch einmal hin auf die erforderlichen Anstrengungen zur Digitalisierung des Landes, seiner Wirtschaft und seiner Verwaltungen. Die Beschlüsse lassen sich alle unkompliziert auf der Webseite der Landes-CDU www.cdulsa.de finden.

Zu doch eher kontroversen Diskussionen führten weitere Berichte und Anträge zur auskömmlichen Finanzierung freier Schulen, zur Fortführung und Ausgestaltung der Sanktionen gegen Russland wegen der Be-

setzung der Krim, zur Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung und zur Bestrafung von Schwarzfahrern. Ein Bericht des Mitgliederbeauftragten Mario Karschunke – in Form eines eigens erstellten Videos – zur ersten Kampagnenkonzferenz des Landesverbandes Sachsen-Anhalt rundete die Klausur in Schierke ab.

Die beiden Tage in Schierke stellen ein wichtiges und interessantes Treffen der Landes-CDU dar: Standortbestimmung und politische Agenda, aber auch immer wieder Personen und Meinungen aus den einzelnen Kreisverbänden, Wahlkreisen und Vereinigungen stehen im Mittelpunkt der Diskussionen im und außerhalb des Tagungsraumes.

Anne-Marie Keding



Weltoffenes Magdeburg und die schwierige Integration von Geflüchteten

Im November 2017 und im Januar 2018 hatte die Stadtverwaltung Magdeburg im Ratsinformationssystem Daten über die aktuelle Flüchtlingssituation veröffentlicht. Der Zuzugstrend von ausländischen Staatsangehörigen hält weiter an.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Entwicklung der Ausländerzahl in Magdeburg	9.779	10.159	11.511	15.242	18.583	20.815

Quelle: Landeshauptstadt Magdeburg 2018

In der vorletzten Stadtratssitzung gab es dazu eine Aktuelle Debatte im Stadtrat. Von der Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg sprach neben dem Fraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke auch Stadtrat Bernd Heynemann.

Wigbert Schwenke wies in seiner Rede darauf hin, dass es von großer Bedeutung ist, dass wir in Magdeburg nicht nur Kindergärten und Schulen für Flüchtlingskinder bauen, sondern für alle Kinder unserer Stadt. „Magdeburg ist und bleibt eine welt-offene Stadt, aber wir dürfen auch von den Leuten erwarten, die in unserer Stadt Gast sind, dass sie Integration wollen und dass sie sich auf gewisse Grundregeln unseres Staates einlassen und dass sie sich an hier geltende Regeln halten“, so Wigbert Schwenke. Vor allem müssen in Magdeburg Lösungen gefunden werden, die den Leuten das Gefühl der Sicherheit und der Kontrolle wieder geben.

„Es ist wichtig, nicht nur über Integration zu reden, sondern auch zu sagen, wie es geht, was geht und was nicht geht“, so Bernd Heynemann. Ebenfalls mahnte Stadtrat Heynemann an, dass wir unbedingt Mittel vom Land für den Bereich „Schulneubauten“ benötigen.

Des Weiteren forderte Stadtrat Heynemann den Oberbürgermeister auf, aufgrund dieser Situation vom Land eine Entscheidung zu verlangen, dass für eine gelingende

Integration ein Zuzugsstopp notwendig ist. „Denn die Lehrer sind überfordert, wenn im Einzelfall 50 Prozent ausländische Schüler mit Sprachproblemen in den Schulreihen sitzen“, sagte der Stadtrat. Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper lehnte dies jedoch mit dem Hinweis ab, dass wir in der Landeshauptstadt Magdeburg 2017 rund 300 neue Asylbewerber zugewiesen bekommen haben.

Seit sechs Jahren wächst die Zahl der Ausländer in Magdeburg. Aktuell liegt sie bei fast 21.000 – vor 6 Jahren waren es unter 10.000 Personen. Die Anzahl der Geflüchteten stieg im gleichen Zeitraum von 130 auf fast 5000 an. Von den 2730 Menschen, denen bereits das Recht auf Asyl zugesprochen wurde, sind insgesamt für 1265 Familienangehörige (677 Kinder) Anträge auf Nachzug gestellt worden. Etwa 500 ausländische Kinder gehen bereits in eine Kindertageseinrichtung. Etwa 500 ausländische Kinder warten noch auf einen Kindergartenplatz – daneben warten noch 130 Kinder aus deutschen Familien auf einen Platz.

Obwohl die aktuelle Debatte keine große Aufregung gebracht hat, werden wir als Fraktion weiterhin für jeden Menschen in Magdeburg zur Verfügung stehen. Wir werden zuhören, anschauen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Wir wollen, dass Magdeburg eine lebendige und offene Stadt bleibt.

Ratsfraktion



Fraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke.



Stadtrat Bernd Heynemann. Archivfotos: privat

Termine

April

11.04.2018, 19:00 Uhr
OV Südost
Gaststätte „Alte Schule Salbke“
Greifenhagener Straße 7

18.04.2018, 19:00 Uhr
OV Ottersleben
Gaststätte „Ottersleber Krug“
Große Schulgasse 2

21.04.2018, 9:30 Uhr
Mitgliederversammlung
des CDU-Kreisverbandes
zur Delegiertenwahl
H+ Hotel Magdeburg
Hansapark 2

24.04.2018, 19:00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
mit Minister Thomas Webel
Offener Treff „Nordwest“
Hugo-Junkers-Allee 54

Mai

01.05.2018
Informationsstand der
CDU und CDA Magdeburg

22.05.2018, 19:00 Uhr
OV Mitte,
Vortrag über Insektenschwund
von Prof. Dr. Josef Settele

26.05.2018, 10:00 Uhr
CDU-Landesvertreter-
versammlung
in Möckern

31.05.2018, 19:00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
mit Tino Sorge MdB
Gaststätte „Zur TexAS-Kiste“
Baumschulenweg 48

Juni

15.06.2018
Sommerfest
CDU Landesverband
in Schloss Hundisburg

28.06.2018, 19:00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Sommergrillen
Offener Treff „Nordwest“
Hugo-Junkers-Allee 54

Neujahrsempfang der CDU und MIT Magdeburg Stahlknecht: „Wer Sorgen äußert, ist nicht rechtsextrem!“

Mit einem starken Plädoyer für die Neubuchstabierung des Heimatbegriffs hat Innenminister Holger Stahlknecht beim Neujahrsempfang der CDU und MIT Magdeburg am 22. Januar ein altes Thema aufgegriffen und zugleich mit den Folgen der Globalisierung verknüpft. Stahlknecht betonte, dass viele Menschen von der rasanten Veränderung unserer Welt überfordert sind. Dies fördere die Sehnsucht nach Heimat, nach Überschaubarkeit, nach Geborgenheit. Dieses tiefe Bedürfnis müsse von der Politik ernst genommen werden.

Sehr positiv bewertete der Minister die neuesten Ergebnisse des Bertelsmann-Monitors 2017, wonach die Verbundenheit der Menschen mit dem Land Sachsen-Anhalt deutlich auf 90% gestiegen sei. „Die Identität mit dem eigenen Land ist stark gewachsen“, sagte Stahlknecht und leitete aus diesen Ergebnissen eine gute Entwicklung für die kommenden Jahre ab. Wer stolz auf seine Heimat ist, will seine Zukunft in die Hand nehmen, Konzepte erarbeiten und aktiv mitgestalten.

Damit diese wichtigen Zukunftsaufgaben gelingen, müssen die Menschen das nötige Vertrauen in die Gesellschaft und die Politik haben. Wörtlich sagte Stahlknecht: „Vertrauen ist unheimlich wichtig, es ist ständig, praktisch jeden Tag durch die Politik neu zu erarbeiten.“ Deshalb plädierte er für die klare Priorität: „Erst das Land, dann die Partei!“ Damit spielte der Innenminister und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende auf das zögerliche und nervenaufreibende Verhalten von FDP und SPD bei der Bildung einer neuen Koalition auf Bundesebene an. Mit Blick auf die Magdeburger Koalition ergänzte Stahlknecht launig: „Vernunftfehen sind nicht so emotional.“

Die Ängste und Sorgen der Menschen angesichts der starken Zuwanderung nach



Die Meile der Demokratie wurde vor zehn Jahren mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Missbrauch des Gedenkens an die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945 und deren Opfer durch Extremisten zu verhindern.

Foto: Tobias Krull

Deutschland müsse man ernstnehmen. Und Stahlknecht ergänzte: „Wer Sorgen äußert, darf nicht als rechtsextrem diffamiert werden, sonst fühlt er sich von der Politik nicht mehr verstanden.“ „Wir müssen zuhören!“, mahnte der Minister das versammelte Auditorium.

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende Tobias Krull, MdL die sogenannte „Kenia-Koalition“ auch als Vernunftfehe bezeichnet, um die mühsame Kompromissfindung in der Regierung zu schaffen. Der Erfolg der Koalition erfordere einen „vernünftigen und fairen Umgang“ der Partner miteinander.

In seinem Rückblick auf das vergangene Jahr strich er die Erfolge heraus: stärkste Kraft bei der Bundestagswahl und Verteidigung des Direktmandats im Bundestag. Krull empfahl der Union, die vielen Erfolge auf Bundes- und Landesebene auch erfolgreich zu kommunizieren.

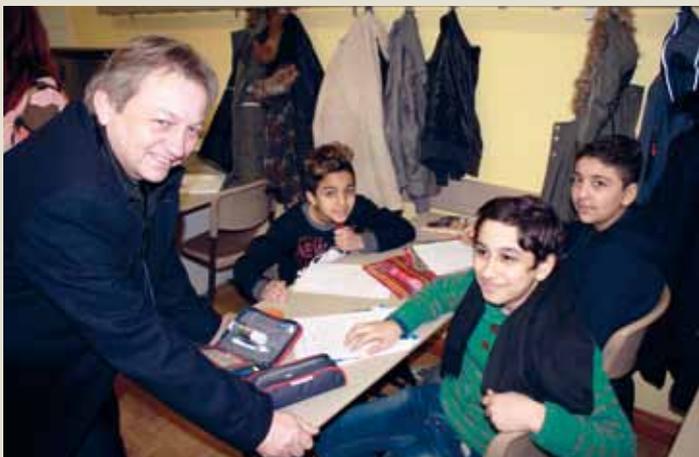
Der Kreisvorsitzende würdigte das erneut umfangreiche Engagement der Bürger-

schaft bei der „Meile der Demokratie“ aus Anlass der Bombardierung der Magdeburger Innenstadt am 16. Januar 1945. Er kritisierte einige Gruppen, die wegen der Teilnahme der AfD diesmal nicht an der Meile teilgenommen hatte. Krull forderte dazu auf, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen statt sich zurückzuziehen.

Für die Bewerbung Magdeburgs als „Kulturhauptstadt Europas“ im Jahr 2025 signalisierte Krull volle Unterstützung, verlangte aber, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen. Kritisch setzte er sich mit dem nach wie vor mangelnden Baustellenmanagement in der Stadt auseinander. Im Hinblick auf die OB-Wahlen 2022 wurde beim Neujahrsempfang die Parole ausgegeben, dass der nächste OB aus den Reihen der CDU kommen müsse.

Wilfried Köhler

Eindrücke vom
Neujahrsempfang
auf Seite 16



Im Rahmen seiner Schultour hat Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am 22. Februar 2018 die Gemeinschaftsschule „Gottfried Wilhelm Leibniz“ in Magdeburg besucht. Ebenfalls mit dabei war der Landtagsabgeordnete und Stadtratsvorsitzende Andreas Schumann. Eine Besonderheit der Schule ist, dass sie Klassen des Produktiven Lernens führt. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die Probleme im Regelschulsystem haben.

Fotos: Rainer Kuhn



Vorlage der Stadt zu Baubeschränkungs-bereichen völlig unzureichend



Beschluss des Stadtrates zur Vorlage einer Ausweisung von Baubeschränkungs-bereichen für die Stadt Magdeburg

Die CDU/FDP/BfM-Fraktion im Stadtrat hat gegen die Ausweisung von „Stadtklimatischen Baubeschränkungs-bereichen“ gestimmt. Ist die Fraktion nun eine Ansammlung von Klimawandelleugnern die verantwortungslos gegen die Stadt und ihre Bürger stimmen? Ich nehme es gleich vorweg: Nein, das ist sie nicht! Der Beschluss der Fraktion ist auch kein Affront gegen die Bürger der Stadt, sondern Ergebnis einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Vorlage des Stadtumweltamtes, welches massive Auswirkungen auf die gesamte Stadtplanung hat. Basis der Vorlage der Stadtverwaltung ist ein Gutachten der „GEO-NET Umweltconsulting GmbH“ aus Hannover. Dieses Umweltbüro hat den Einzugsbereich der Schrote untersucht und die gewonnenen Erkenntnisse verbunden mit nun geringerem Messaufwand auf das übrige Stadtgebiet hochgerechnet. Das wäre als ob man eine Verkehrsuntersuchung für die Schönebecker Straße durchführt und die gewonnenen Erkenntnisse auf alle Straßen Magdeburgs überträgt. Wir diskutierten also über ein Rechenmodell mit vielen Annahmen.

Klimamodelle basieren auf Grunddatenbeständen, deren Aufnahmeverfahren, Zahlenumfang und -bereinigung sich auch Fachleuten nur nach einer tieferen Lektüre erschließt. Auch die Berechnungen für die Zukunft können mit unterschiedlicher Software erfolgen, was wiederum zu oft verschiedenen Ergebnissen führt. Das Gutachten weist schlussendlich aus den Untersuchungen und Berechnungen drei verschiedener Entwicklungsszenarien mit jeweils unterschiedlich intensiven Schlussfolgerungen auf. Leider wird im Gutachten auch nur mit relativen Prozentzahlen und nicht mit absoluten Zahlen operiert, was auch zu falschen Schlüssen verleitet.

Stadtplanung erfordert Strukturentwicklung bzw. eine Abstimmung zwischen Grün-, Offen- oder Bebauungsbereichen als eine Frage des ständigen Kompromisses, der

Abwägung, der Diskussion und nicht eines Pauschalverbotes. Man kann nicht einfach die bestehenden Interessenkonflikte von Ökonomie und Ökologie in der Stadtentwicklung negieren. Eine wachsende Stadt hat leider immer zu wenig Grün und zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Es braucht also keine Bau- und Architekturverbote sondern Planungsalternativen. Das Umweltamt hat jedoch das Klimaszenario aus dem Gutachten als Basis weiterer Entscheidungen genommen, welches die schlechteste Temperaturentwicklung annimmt und dazu noch ein Bauverhalten unterstellt, welches kein Stadtrat zugelassen hätte: den Bau von großen „Quadern“ senkrecht zu Hauptwindrichtungen. Das ist aus Sicht der Fraktion in mehrfacher Weise unwissenschaftlich und zeugt von sehr einseitiger Wertung der Notwendigkeiten einer Stadtentwicklung.

Die Vorlage und die daraus abgeleitete Entscheidung lässt befürchten, dass Neubebauungen sich auf die übrigen Flächen konzentrieren, dort höher gebaut wird und später Bauvorhaben in die Stadtrandlagen drängen, die Bodenpreise sich durch Verknappung der Fläche auf hohem Niveau etablieren, die Stadt weniger marktlastende sozialverträgliche Baumaßnahmen steuern kann und u.a. zusätzliche Verkehrsinfrastruktur in die neu zu erschließenden Stadtrandlagen geführt werden muss, was erneut hohe Investitionen und Unterhaltungskosten für die Bürger nach sich zieht.

In der geführten Diskussion wurden viele Fragen nicht beantwortet. In welcher Größe werden Verkehre zusätzlich initiiert, was für Parkflächenbedarfe entstehen daraus? Sind die zusätzlichen Verkehre, Stickoxid- und Kohlendioxidemissionen, Feinstaubbelastungen, Randersiedelungen, Nutzung von bisher nicht beplanten naturnäheren Stadtrandbereichen nicht dergestalt, dass sie den anfänglich angestrebten Nutzen von „Kaltluftströmen“ nicht nur aufheben, sondern in seiner Umwelt- und Naturverträglichkeit ins Gegenteil verkehren?

Die Bewertung des gesamten „ökologischen Fußabdrucks“ dieser Vorlage wurde seitens der Verwaltung überhaupt nicht angegangen: Wie wirkt sich Verkehrsver-

ringerung durch konzentrierte Bebauung gesamtenergetisch aus? Wie wirken zusätzliche Dach- und Wandbegrünungen und die Öffnung von Gleisbetten der Straßenbahnen (einschl. einer entsprechenden Pflege)? Was kann man mit kreativen Architekturen erreicht werden (Formen, Ausrichtungen, Verkleidungen, Farbgestaltungen), was mit der Öffnung von Bachbetten. Gute Klimagestaltung in der Stadt Magdeburg ist das Ergebnis von vielen kleinen Ideenumsetzungen.

Einmal zwischendurch provokativ gefragt: Wie wirkt sich so eine Baubeschränkung künftig auf junge Familien aus, die sich für Magdeburg entscheiden wollen?

Ziel der Stadtentwicklung sollte ganzheitlich betrachtend einer Zersiedelung entgegenwirken. Dazu muss der Stadtkern im Planungsansatz eng gehalten werden, Infrastrukturpflege effizient gestaltet, energetische Aufwendungen gering gehalten und überflüssiger Verkehr in die Stadt vermieden werden, indem Menschen nicht erst dorthin fahren müssen, sondern bereits dort wohnen. Dies wiederum stärkt die Wirtschaftskraft des Standorts letztlich durch die erwartbare hohe Nachfrage, nicht zuletzt auch kulturell.

Nicht geklärt in der Vorlage des Stadtumweltamtes wurde auch, wie sich diese Verbotstatbestände auf die Entwertung der betreffenden Grundstücke auswirken. Dazu zählt nicht nur Privat- sondern auch Stadteigentum.

Abschließend argumentiert die Stadtverwaltung, dass sie die bestehende Flächennutzungsplanung korrigiert hätte und nun weniger Flächen als vorher einer Baubeschränkung unterliegen würden. Die Fraktion ist der Meinung, dass es für Optimierungen und Konkretisierungen keines Stadtratsbeschlusses und zusätzlicher Bürokratie bedurfte.

Die Fraktion hat daher der Vorlage der Stadt widersprochen, damit Magdeburg weiter eine Zukunft hat, in der Stadtplanung alle Anforderungen im Blick hält, vernünftige Kompromisse ausgehandelt werden können und Ökologie nicht gegen Ökonomie ausgespielt wird. *Thomas Brestrich, Stadtrat*

Die geplante Stellplatzsatzung muss verhindert werden!

Was brauchen wir? FREIHEIT statt Sozialismus. Die seit dem 15. März nicht mehr gültige, weil abgelaufene Stellplatzsatzung soll im Sinne von Ökoaktivisten und sozialistischen Überregulierern zuungunsten des Eigentums, des kleinen Unternehmertums und des Mittelstandes sowie aller davon erheblich Betroffenen überreguliert, verschlimmbessert werden. Schlimmer geht's nimmer!

Grundsätzlich sollte gelten, was nicht vorgeschrieben ist, muss man auch nicht regulieren. Gemäß § 85 BauO LSA können die Gemeinden örtliche Bauvorschriften erlassen, wenn dies für die Weiterentwicklung einer schon vorhandenen und besonders gestalteten Ortslage erforderlich ist und die Gemeinde diese Vorgaben bei der Gestaltung im öffentlichen Verkehrsraum berücksichtigt.

Es ist nicht erkennbar, warum eine Stellplatzsatzung noch erforderlich sein sollte, wo doch die Bauherrn und Eigentümer ein eigenes Interesse an vernünftiger Gestaltung ihres Eigentums haben, um so auch die Attraktivität und Vermietbarkeit zu verbessern. Warum kommt jemand auf bevormundende Ideen, wie:

a. Entwurf einer Richtzahlenliste, die bestimmen soll, etwa wie viel Fahrradstellplätze bei Pflegeheimen und Kirchen sowie u.a. auch bei Geschäften vorgehalten werden müssen? Das ist unfassbar!

b. Zitat § 6 (3) – Entwurf: Unter Beach-

tung besonderer bodenschutzbehördlicher Vorgaben sind ebenerdige Stellplätze so herzustellen, dass Niederschläge versickern (Abflussbeiwert $\leq 0,5$) oder in angrenzende Grün- bzw. Pflanzflächen entwässert werden können, soweit städtebauliche bzw. bautechnische Gründe oder Belange des Grundwasserschutzes nicht entgegenstehen. Aufgrund wasserrechtlicher Belange soll die Niederschlagsentwässerung vorzugsweise mittels einer Muldenversickerung realisiert werden. Ebenerdige Stellplätze sind mit Pflaster, Verbundsteinen oder in ähnlicher luft- und wasserdurchlässiger Ausbaueise (Schotterterrassen, Rasenkammersteine, breitfugiges Pflaster o.ä.) auf einem der Verkehrsbelastung entsprechenden Unterbau herzustellen. Ein anderer Belag kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eine gleichwertige Versickerung sichergestellt ist.

c. Zitat § 6 (4) – Entwurf: Ebenerdige Stellplatzanlagen sind durch geeignete Bepflanzungen (Bäume, Hecken, Sträucher, berankte Pergolen) von schutzbedürftigen Nutzungen (z.B. Kinderspielplätze, rückwärtige Ruhebereiche, Terrassen, Balkone) abzuschirmen und mit Pflanzstreifen intensiv einzugrünen. Je 6 Stellplätze ist ein mittelkroniger Laubbaum mit 16 - 18 cm Stammumfang zu pflanzen und zu unterhalten. Stellplatzflächen über 800 m² Größe sind zusätzlich zu durchgrünen.

Zwischenbemerkung: Die Zitate sind er-

forderlich, um die Unsinnhaftigkeit der Entwurfsfassung deutlich werden zu lassen. Mir fällt dabei nur ein: Haben die einen Knall?

d. Zitat § 6 (5) – Entwurf: Bei ebenerdigen, nicht unterbauten Stellplätzen ist je 6 angefangene Stellplätze ein standortgerechter, mittel- bis großkroniger Laubbaum (Pflanzqualität Hochstamm 3xv Stammumfang 18/20) in eine mindestens 2 m breite und mindestens 10 m² große Pflanzfläche fachgerecht zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten.

Warum hört man nicht auf ablehnende Stellungnahmen von IHK und Handwerkskammer? Fazit: Die Satzung muss um des unternehmerischen Friedenswillen in Magdeburg verhindert werden. Wir brauchen keine neue Stellplatzsatzung. Die alte ist abgelaufen und sollte damit „ungenießbar“ bleiben. Wir müssen gemeinsam für noch bessere pragmatische, christliche und bürgerliche Mehrheiten kämpfen, um bei der nächsten Kommunalwahl von vornherein so etwas zu verhindern. Im Übrigen regen wir an, auch die Sondernutzungssatzung erheblich zu reduzieren und die stadtentwicklungserforderlichen Möglichkeiten anzupassen und etwa Fahrradstellplätze, Aufsteller, sowie anderes mehr antrags- und genehmigungsfrei zu stellen (www.magdeburg.de/PDF/Amtsblatt).

*Michael Hoffmann, Stadtrat
Vorsitzender des Ausschusses Wirtschaft,
Tourismus und regionale Entwicklung*

Ortsverbände Süd, Südost und Ottersleben im Baudezernat



Die Ortsverbände Süd, Südost und Ottersleben haben am 24. Januar eine Informationsveranstaltung im Baudezernat durchgeführt. Dabei wurden die Projekte des Stadtplanungsamtes und des Tiefbauamtes in der Landeshauptstadt thematisiert. Dazu eingeladen waren der Beigeordnete für Stadt-

entwicklung, Bau und Verkehr der Stadt Magdeburg Dr. Dieter Scheidemann und der Tiefbauamtsleiter, Thorsten Gebhardt.

Die Veranstaltung wurde durch Vorträge der eingeladenen Gäste eröffnet und eine Auswahl von Projekten des Stadtplanungsamtes und des Tiefbauamtes vorgestellt. Nach der anschließenden Runde wurde durch die Teilnehmer das Thema diskutiert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Behörden mit viel Engagement langfristige Planungen vorbereiten und realisieren. Eine Vielzahl von Lösungsansätzen und Herausforderungen, aber auch Problemen ergeben sich insbesondere aus dem zeitintensiven Planungsablauf und der langfristigen Finan-

zierung unter dem Heranziehen von Fördermitteln von städtebaulichen und verkehrlichen Projekten.

Seitens der Verantwortlichen wurde in der sich anschließenden Diskussion umfassend informiert. Dabei gab es auch kritische Fragen zu den derzeit laufenden Verkehrsprojekten in der Innenstadt (z.B. Tunnelbau).

Abschließend bedankte sich der mit der Organisation und Vorbereitung der Veranstaltung verantwortliche Vorsitzende des Ortsverbandes Süd, Stefan Hörold, beim Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Stadt Magdeburg und dem Tiefbauamtsleiter, Thorsten Gebhardt.

Redaktion

Unternehmerbesuch

Es gehört zu einer guten Tradition in der CDU Magdeburg, dass mittelständische Unternehmen der Region besucht werden. Diese Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und haben ihren Hauptsitz häufig vor Ort. Entsprechend bedeutend sind sie für die Zukunft der Landeshauptstadt. Im Februar hat der Landtagsabgeordnete und Stadtratsvorsitzende Andreas Schumann die Firma Beymann GmbH Sand- und Kieswerk, Erdbau und Baustoffhandel besucht. Mit dem alleinigen Gesellschafter Detlef Beymann wurden ausgesprochen informative Gespräche geführt, in denen es natürlich um die Situation des prosperierenden Unternehmens sowie der Wirtschaft in der Region insgesamt ging. *Text und Foto: Rainer Kuhn*



Der Unternehmer Detlef Beymann und Andreas Schumann in den Geschäftsräumen im Magdeburger Süden.

1. Roter Salon der Frauenunion Magdeburg – Braucht die Wirtschaft Frauen? Powerfrauen streiten im Roten Salon über Lösungswege

Zur ersten CDU-Frauen Netzwerkrunde hat am 12. Februar die FU des Kreisverbandes Magdeburg eingeladen. Gastgeberin Melanie Fiedler, stellvertretende Vorsitzende der FU-Magdeburg, hat dies vorbereitet und dafür ihre Geschäftsräume zur Verfügung gestellt.

Powerfrauen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik diskutierten unter dem Oberbegriff „Frauen und Wirtschaft“ miteinander. Moderiert und geleitet wurde der 1. Rote Salon von Carmen Niebergall, welche gekonnt die Diskussion eröffnete mit der Ansprache der beiden Powerfrauen Gabriele Wronna, Vertreterin aus Politik und Verwaltung und der Powerfrau Melanie Fiedler als Unternehmerin.

Beide Sichtweisen auf die Wirtschaft als Frau, als Arbeitnehmerin, als Arbeitgeberin und als Mutter boten genug Diskussionsstoff zu diesem heißen Thema. Was wünschen sich Frauen vom Arbeitgeber? Mehr als flexible Arbeitszeit! Was wünschen sich Frauen von Arbeitnehmern? Empathie zur Arbeit oder ist Fachkräftemangel etwa ein Luxusproblem? Müssen Arbeitgeberinnen zu viele Zugeständnisse machen? Bleibt die Pflege weiterhin ein Frauenproblem? Bleibt die Wertevermittlung schon in der Erziehung auf der Strecke?

Arbeitende Mütter waren und sind gerade hier im Osten gesellschaftlicher Standard!



Staat und Gesellschaft werden getragen durch die Familien, durch Mütter, Väter und Kinder!

Frauenquote ist kein Gedöns, es ist ein echtes Hilfsmittel! Sehen sich die Frauen in der Wirtschaft, Politik, im Ehrenamt gewürdigt, werden sie wahrgenommen?

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Es stehen Kommunalwahlen an. Weibliche Kandidaturen bei Wahlen. Rechtzeitige Vorbereitung ist entscheidend!

Rege Diskussion, denn unter den zahlreich interessierten Gästen fanden sich Angestellte, Unternehmerinnen, Politikerinnen, Ruheständlerinnen, engagierte Ehrenamtliche.

Wir bleiben nicht nur unter uns! Wir Frauen bauen unser Netzwerk zielgerichtet und nachhaltig weiter aus! Diese ergebnisorien-

tierte Diskussion in Verbindung mit weiteren heißen Themen liegen auf dem Tisch. Wir diskutieren über Lösungswege, um passende Lösungen zu finden. Weiter über Problem zu diskutieren, ist zu wenig, denn dafür haben Frauen neben Beruf, Familie und Ehrenamt keine Zeit. Es gibt viel zu tun! Genau jetzt! Genau hier!

Ich persönlich möchte mich auch im Namen aller Beteiligten ganz herzlich für die tolle Moderation und Leitung bei Carmen Niebergall sowie bei Gabriele Wronna und Melanie Fiedler für den Startschuss vom Podium in die Runde, bedanken!

Das Frauenwahlrecht wird 100 Jahre. Das nächste großes Thema im 2. Roten Salon!

*Sabine Herrmann
Kreisvorsitzende der FU Magdeburg*

Ein Partner — eine Vielfalt an Lösungen. Alles aus einer Hand.

Ob kundenorientierte Energiedienstleistungen, Smart Metering, nachhaltige Energielösungen oder effiziente Energiekonzepte — die Unternehmen der GETEC GRUPPE bieten ihren Kunden immer die passenden Lösungen — kostengünstig, umweltfreundlich und effizient.

www.getec.de



ENERGIE WEITERGEDACHT.

GETEC | GRUPPE



Tino Sorge MdB übergibt einen Ordner mit „Hausaufgaben an den Bundestag“ der Magdeburger Kita „Wiesenschlumpfe“ an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. *Fotos: privat*

Nach fast sechs Monaten seit der Bundestagswahl kann endlich eine stabile Regierung die Arbeit aufnehmen. Als die mit Abstand stärkste politische Kraft führt die CDU auch weiterhin die Bundesregierung an. Aus den langen Koalitionsverhandlungen mit verschiedenen Partnern ist deutlich geworden, dass nur wir als Unionsparteien

wirklich für Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen wollen. Alle anderen Parteien sind offensichtlich vorrangig zu sehr mit sich selbst beschäftigt, anstatt sich zügig um die Herausforderungen in unserem Land zu kümmern.

Die Verteilung der Ministerien und eine Reihe von Punkten im Koalitionsvertrag hätte auch ich mir persönlich anders gewünscht. Als Bundestagsabgeordneter werde ich aber ein waches Auge im parlamentarischen Betrieb haben und darauf achten, dass die Regierungsarbeit die Führung der CDU deutlich erkennen lässt. Als Mitglied im Gesundheitsausschuss und stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages ist mir besonders die wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen wichtig. Eine ideologisch begründete Änderung unseres guten Gesundheitswesens wird es nicht geben. Wichtiger ist es, Pflegekräfte besser zu bezahlen und die Arbeitsbedingungen in der Pflege und für alle Heilberufe attraktiver zu gestalten. Dank der Forschungsförderung bei innovativen Therapien können mehr Menschen besser

behandelt werden oder Heilung erfahren – insbesondere bei den Volksleiden Krebs, Diabetes und Demenz. Bei der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands wird es mit der Union keine Kompromisse geben. Polizei und Justiz sind kein Spielball von Parteipolitik sondern der Garant für unsere Freiheit in Sicherheit. Auch bei der Steuerung der Migration werde ich darauf achten, dass wir unser Asylrecht nicht aushöhlen und gleichzeitig genau wissen, wer zu uns kommt. Dabei gilt es auch darauf zu achten, dass unsere Sozialsysteme nicht überfordert werden. Trotz einer langen Wunschliste lehne ich einen Rückfall in eine durch Schulden finanzierte Ausgabenpolitik ab. Zur Verantwortung gehören für mich auch ein sparsamer Umgang mit Steuermitteln und den Sozialkassen sowie die Vermeidung von Mehrbelastungen der Steuer- und Beitragszahler.

Trotz der vor uns liegenden Regierungsarbeit darf die innerparteiliche Debatte nicht zu kurz kommen. Die neue Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer wird mit der Partei ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Es gibt dazu in der CDU eine große Sehnsucht nach innerer Diskussion, und wir werden sie gemeinsam führen.

Landesgruppe trifft MP Haseloff



Dieter Stier, Tino Sorge, Torsten Schweiger, Sepp Müller, Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, Heike Brehmer, Christoph Bernstiel, Manfred Behrends, Staatssekretär Dr. Michael Schneider v.l.n.r. – im Bild fehlen Eckhard Gnodtke und Kees de Vries. *Foto: Landesgruppe Sachsen-Anhalt*

Die Landesgruppe der CDU-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt lud Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff zum Gespräch über gemeinsame Vorhaben in der Bundespolitik ein. Insbesondere die Verbesserung der Situation vieler Ost-Rentner bleibt ein Thema. Das stabile Rentenniveau

muss auch zukünftig finanziert und Rentenungerechtigkeiten aus den Nachwirkungen der Deutschen Teilung sollen abgeholfen werden. Ich freue mich, dass alle neun Wahlkreise im Land direkt gewonnen werden konnten und gleich vier neue Gesichter unsere Gruppe verstärken.



Gute Pflege kostet Geld und wir müssen unsere engagierten Pflegekräfte auch gut bezahlen. Dabei müssen wir auch zukünftig sicherstellen, wie wir diese Finanzierung durch Pflegeversicherung und Eigenvorsorge gestalten, ohne einerseits Beitragszahler und andererseits Pflegebedürftige sowie deren Angehörige zu überfordern. Angesichts erfreulicherweise stetig steigender Lebenserwartung und damit einhergehendem höheren Pflegeaufwand keine einfache Herausforderung. Die Rede können Sie über meinen Kanal auf Youtube ansehen. Sie erreichen den direkt von meiner Webseite aus, www.tino-sorge.de

Ortsverbände Neustadt und Nord diskutierten Koalitionsvertrag

Am 8. Februar tagten die CDU-Ortsverbände Neustadt und Nord gemeinsam im „König von Preußen“. Aus aktuellem Anlass wurde das Programm geändert und die Anwesenden diskutierten den druckfrisch vorliegenden Entwurf des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD. Natürlich war es nicht möglich, dass alle CDU-Mitglieder den fast 180 Seiten starken Vertragsentwurf bereits zu diesem Zeitpunkt vollständig gelesen hatten. Aber es gab doch eine entsprechende Grundstimmung, die sich insbesondere auf die Verteilung der Ministerien bezog. Dabei gab es kritische Stimmen bezüglich der Tatsache, dass das Finanzministerium nicht mehr unter CDU-Führung bleibt. Die Diskussion kann mit Fug und Recht als lebendig und konstruktiv bezeichnet werden. Am Ende zeichnete sich eine Mehrheit für den Eintritt in die Große Koalition ab, ohne dass es eine direkte Abstimmung gab. Vor dem eigentlichen Sitzungsbeginn nutzte ein Fernseherteam der RTL-Gruppe die Chance einige der CDU-Mitglieder nach ihrer Stimmung zu befragen.

Tobias Krull



Die Kommunalwahlen fest im Blick

Voraussichtlich am 26. Mai des kommenden Jahres werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sein, über die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungen in Sachsen-Anhalt zu entscheiden.

Die CDU ist die Kommunalpartei in Sachsen-Anhalt, denn keine andere Partei hat mehr kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in ihren Reihen. Damit das so bleibt, hat die CDU Sachsen-Anhalt mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen begonnen. So wurde eine Kampagnenkonferenz ins Leben gerufen. Ziel ist es, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und persönlichen Hintergründen neue unkonventionelle Ideen für die Kommunalwahlen sammeln. Wesentliche Ideengeber hierfür waren der CDU-Generalsekretär Sven Schulze MdEP sowie der CDU-Mitgliederbeauftragte Mario Karschunke. Eine erste Sitzung dieser Gruppe fand im Februar dieses Jahres statt und der Kreisverband Magdeburg wird durch Friederike Lange dort vertreten. Weitere Treffen sind geplant. Ein Video (<https://www.facebook.com/cduls/videos/1726377424067036/>) zeigt einige Eindrücke von dieser Konferenz. Daneben wurde eine Arbeitsgruppe Kommunalwahl 2019 ins Leben gerufen. Maßgeblich für die Gründung war der stellv. CDU-Landesvorsitzende Minister Holger Stahlknecht MdL. Die Leitung hat der Magdeburger Bürgermeister Klaus Zimmermann inne. Daneben sind noch der Stadtratsvorsitzende Andreas Schumann und ich, als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Sachsen-Anhalt, Mitglied dieses Gremiums. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe wird unter anderem die Erarbeitung eines Kommunalwahlprogramms für die Landesebene sein.

Aber Kommunalwahlen werden vor allem vor Ort entschieden. Das heißt, hier sind aller Magdeburger CDU-Mitglieder gefordert, jetzt die Basis dafür zu legen, dass wir wieder mit einem starken Vertrauensbeweis bzw. einem guten Wahlergebnis in den Stadtrat einziehen, um kommunalpolitische Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen. Am 21. April haben wir eine Gesamtmitgliederversammlung, zu der ich Sie bereits jetzt herzlich einlade. Neben den Wahlen der Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl und der Delegierten für die kommenden Landesparteitage und Landesausschüsse wird hier die Kommunalwahl eine wichtige Rolle spielen. Denn in den kommenden Monaten gilt es, ein Kommunalwahlprogramm zu entwickeln. Gleichzeitig müssen in den Ortsverbänden die Weichenstellungen für die Aufstellung der Kommunalwahllisten gestellt bzw. entsprechende Personalvorschläge erarbeitet werden. Daneben werden wir unsere Präsenz vor Ort noch weiter verstärken, um bereits im Vorfeld der Wahlen die Bürgerinnen und Bürger von unserer Politik bzw. unseren Inhalten zu überzeugen.

Unser klares Ziel: Wir wollen die stärkste Kraft im Stadtrat werden, um für die Menschen in unserer Stadt Gutes zu leisten. Alle, die das gleiche Ziel haben, sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Tobias Krull

Praktikum bei der Bahnhofsmision

Die ökumenische Bahnhofsmision Magdeburg kann nach ihrer Wiedergründung nach der friedlichen Revolution auf eine mittlerweile 26jährige Geschichte zurückblicken.

Bereits seit vielen Jahren begleite ich die Arbeit dieser Einrichtung auf verschiedene Weise. Deshalb habe ich nicht lange gezögert, als die Anfrage des Leiters der Bahnhofsmision Florian Sosnowski kam, ob ich nicht ein „Praktikum“ dort machen möchte. Am 13. März durfte ich mehrere Stunden bei der Versorgung bzw. Betreuung, inkl. Brötchen schmieren, mithelfen.

Das ist natürlich nichts gegen den Einsatz der hauptamtlichen und ungefähr ein dutzend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahnhofsmision. Aber es verschafft schon einen Eindruck, wie es Menschen geht, die hier Hilfe und Unterstützung suchen. Dabei geht es nicht nur um Beistand für Reisende, sondern auch um diejenigen, die am Bahnhof „gestrandet“ sind. Neben einem warmen Getränk und einer Mahlzeit gegen kleines Geld, geht es vor allem um Beratung und Unterstützung. Dazu gehört neben unterschiedlichen Hilfsangeboten auch ganz Praktisches, wie die Möglichkeit zu duschen und die Vermittlung zu Sozialangeboten. Gerade in Anbetracht aktueller Debatten ist es aus meiner Sicht wichtig sich vor Ort über die Lage der Menschen zu informieren, die das vorhandene soziale Netz zur Existenzsicherung brauchen. Mich hat die Arbeit, die dort geleistet wird, beeindruckt und sie verdient aus meiner Sicht Respekt, Anerkennung und Unterstützung. Mehr Infos zur Arbeit der Magdeburger Bahnhofsmision findet man unter <http://www.magdeburgerstadtmission.de/arbeitsgebiete/oekumenische-bahnhofsmision/>.

Tobias Krull



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog hat 1996 den 27. Januar als offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt. An diesem Tag wurde im Jahr 1945 das berüchtigte Todeslager Auschwitz befreit. Alljährlich gibt es aus dem Anlass auch in Magdeburg Veranstaltungen, um an die Opfer der NS-Diktatur zu erinnern. In diesem Jahr gemeinsam veranstaltet vom Landtag Sachsen-Anhalt, der Landeshauptstadt Magdeburg sowie des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Bei einer Kranzniederlegung am Denkmal des ehemaligen Standorts des KZ-Außenlagers MAGDA in Magdeburg-Rothensee sprachen unter anderem Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und der Magdeburger Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper Worte des Gedenkens. Während der anschließenden Feierstunde im Landtag sprachen neben der Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch auch der Bundestagspräsident a.D. und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Dr. Norbert Lammert. Er machte deutlich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und dass täglich darum gerungen werden muss, damit sich Katastrophen wie der Holocaust nie wiederholen.

Während der Feierstunde stellten Schülerinnen der Berufsbildenden Schulen BBS 1 Eike Von Repkow ihr Stolpersteine-



Rundgang durch die Ausstellung „KZ überlebt“ im Landtagsgebäude mit dem Fotografen und Ausstellungsmacher Stefan Hanke, der Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch und Bundestagspräsident a.D. Norbert Lammert (v.l.n.r.).

Projekt vor. Die Stolpersteine erinnern im öffentlichen Raum an die Opfer dieser tiefdunklen Teile der deutschen Geschichte.

Nach Ende der Feierstunde und einer anschließenden Ausstellungseröffnung gab es noch die Möglichkeit, Blumen an Stol-

persteinen in Magdeburg niederzulegen. Meine Blumen legte ich am Stolperstein für den ehemaligen Magdeburger Bürgermeister Herbert Goldschmidt nieder. Der Weggefährte von Ernst Reuter wurde 1943 in Riga ermordet. *Tobias Krull*



Wir gratulieren recht herzlich

im Januar zum

- 60. Geburtstag Jörg Wilkmann
- 74. Geburtstag Anton Wacha
- 63. Geburtstag Wolfgang Stört
- 68. Geburtstag Gerlinde Fronzeck
- 63. Geburtstag Hartmut Beyer

- 71. Geburtstag Sabine Wegener
- 78. Geburtstag Lothar Jahn
- 64. Geburtstag Klaus-Peter Voigt
- 71. Geburtstag Wolfgang Ahrend
- 67. Geburtstag Hubert Salzborn

- 62. Geburtstag Dietrich Mühler
- 70. Geburtstag Dr. Helmut Keller
- 61. Geburtstag Jörg Lauber
- 64. Geburtstag Bernd Heynemann
- 62. Geburtstag Hans-Joachim Hennings

- 60. Geburtstag Rüdiger Berndt
- 84. Geburtstag Johanna Orling
- 65. Geburtstag Dirk Stündel

im Februar zum

- 68. Geburtstag Eckart Hauschildt
- 73. Geburtstag Jutta Mildner
- 63. Geburtstag Peter Fechner
- 74. Geburtstag Dieter Steinecke
- 60. Geburtstag Heinz-Lothar Theel

- 68. Geburtstag Annerose Konik
- 65. Geburtstag Reinhardt Lämmer
- 71. Geburtstag Wolfgang Gründer
- 83. Geburtstag Benita Behrends
- 76. Geburtstag Uwe Quantz

- 81. Geburtstag Gudrun Habenicht
- 64. Geburtstag Kerstin von Gehlen
- 68. Geburtstag Roswitha Seibert

im März zum

- 67. Geburtstag Holger Sens-Schönfelder
- 63. Geburtstag Dirk Johanning
- 87. Geburtstag Helga Janke
- 69. Geburtstag Wolfgang Obst
- 60. Geburtstag Petra Penning

- 63. Geburtstag Renate Röhr
- 80. Geburtstag Lothar Henze
- 64. Geburtstag Herbert Wrobel
- 66. Geburtstag Margarete Volke
- 86. Geburtstag Helga Beleth

- 70. Geburtstag André Beckmann
- 64. Geburtstag Hildegard Goebel
- 65. Geburtstag Wolfgang Stein
- 88. Geburtstag Günter Lehnardt
- 94. Geburtstag Wolfgang Klapper

- 62. Geburtstag Jürgen Leindecker
- 87. Geburtstag Josef Schwenke
- 78. Geburtstag Klaus-Dieter Runge
- 63. Geburtstag Rainer Nitsche
- 81. Geburtstag Ulrich Germer

- 69. Geburtstag Winfried Willems
- 75. Geburtstag Gisela Luding
- 71. Geburtstag Bärbel Bühnemann
- 64. Geburtstag Hans-Jörg Kieper

OV-Mitte unterstützt schwerstkranke Kinder und ihre Familien

Grund zur Freude gab es Mitte Februar beim Magdeburger Verein schwerstkranker Kinder und ihrer Eltern e.V., als Dr. Michael Lehmann, Vorsitzender des CDU Ortsverbandes Magdeburg-Mitte, Tobias Krull Mitglied des Landtages, Andreas Schoensee vom Ortsverband und Jana Lesniak den Verein besuchten und mit einem stattlichen Spendenscheck in Höhe von 1210 Euro überraschten.

Bereits zum dritten Mal hatten die Mitglieder des Ortsverbandes und Tobias Krull im Rahmen des Stadtfelder Weihnachtsspektakels im Dezember Spenden für den guten Zweck gesammelt. Am Stand des CDU-Ortsverbandes konnte man nicht nur Glühwein und Punsch aus heimischer Region genießen, sondern gleichzeitig den Verein schwerstkranker Kinder und ihrer Eltern mit einer Spende unterstützen.

„Diese Spendenaktion hat schon eine gute und langjährige Tradition und ist eine großartige Wertschätzung unserer Arbeit“, freute sich Vorstandsvorsitzende Elke Schirmer-Firl, die gemeinsam mit ihrer Mitarbeiterin Oda Kückelhaus die Spende entgegennahm.

Während vom Spendenbetrag der letzten Veranstaltung der Umbau eines Pflegebettes finanziert und für mehr Barriere-



freiheit in der Häuslichkeit einer Familie gesorgt werden konnte, wird die diesjährige Spendensumme einem erlebnisreichen, fröhlichen und erholsamen Familientag, entsprechend den Bedürfnissen der Kinder, im Magdeburger Zoo zugutekommen, zu

dem der Verein die Kinder und ihre Angehörigen im Frühjahr einladen möchte.

Weitere Informationen zum Verein schwerstkranker Kinder und ihrer Eltern e.V. gibt es auf der Homepage unter www.kinderkleblatt.de

Redaktion

China trifft Magdeburg – Deutsch-Chinesisches Wirtschaftsforum



Im Rahmen des Eisfestivals „Magdeburg on Ice“ fand im Festzelt auf dem Alten Markt am 7. Januar das erste Deutsch-Chinesische Wirtschaftsforum in Magdeburg statt. Über 50 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur diskutierten über den Wirtschaftsstandort Magdeburg und die Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland weiter zu vertiefen.

Der Gesandte Botschaftsrat und Chef der Wirtschafts- und Handelsvertretung, Wang Weidong, sprach in seinem Eingangsstatement über die seit vielen Jahren hervorragende Zusammenarbeit zwischen Harbin und Magdeburg. Magdeburgs Wirtschaftsdezernent Rainer Nitsche sagte dazu, dass das Wirtschaftsforum die beste Möglichkeit bot, um sich

über die Herausforderungen und Chancen beider Wirtschaftsstandorte zu informieren.

Der Landtagsabgeordnete Florian Philipp gab in seiner Rede einen Überblick über die Entwicklung der Außenwirtschaft in Sachsen-Anhalt und Magdeburg

und zeigte Möglichkeiten auf, wie außenwirtschaftliche Beziehungen weiterhin gefördert werden können. Magdeburg zeige mit diesem Event, wie Außenhandelsbeziehungen aufgebaut und gepflegt werden können.

Carsten Gloyna

Fotos: Melanie Dietrich-Schüller



Intensives Basisgespräch mit Florian Philipp

Auch im neuen Jahr findet die Gesprächsrunde mit der Basis von und mit dem Landtagsabgeordneten Florian Philipp ihre Fortführung. Bereits zum vierten Mal fand Ende Februar ein „Arbeitsessen“ im Landtag statt. Zahlreiche CDU-Mitglieder aus seinem Wahlkreis und dem Magdeburger Kreisverband folgten der Einladung. Als zusätzlichen Gesprächspartner konnte Florian Philipp dieses Mal den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Markus Kurze begrüßen. Kurze begann seine Ausführungen mit seinem politischen Werdegang und stellte die Funktion und Aufgaben eines Parlamentarischen Geschäftsführers vor. Kurze konstatiert, dass „der politische Alltag härter geworden ist“. Der Umgang mit der AfD wird lebhaft diskutiert. Hierzu betont Kurze nochmals die CDU-Richtlinie „Abgrenzen statt Ausgrenzen“. Parlamentarische Gepflogenheiten müssen weiterhin eingehalten werden. Das gelte ausdrücklich für alle, beispielsweise auch bei den Ausschussbesetzungen. Gleichzeitig gelte aber auch, dass „wir nicht über jedes Stöckchen springen müssen. Man muss auch aushalten können.“ Aber warum gibt es die AfD überhaupt? Und was können wir dem entgegensetzen? Auch in Bezug auf die bundespolitische Ebene müssen wir bei uns anfangen und mit ordentlichen Inhalten und klarer Kante Profil beweisen. Nur so können wir Wähler



zurückgewinnen und somit weiterhin Wahlen erfolgreich bestreiten. Das gelingt am besten mit engagierten Abgeordneten, die dicht am Bürger und der Basis sind, so Kurze.

Frau Prof. Monika Köhler sprach die Musikhochschulausbildung an und brachte ihre Sorge ums Land und die gutbürgerliche Bildung zum Ausdruck. „Der Wert der Bildung“ wird verkannt. So wird „Bildung als Verbrauchsgut und nicht als Investition“ angesehen. Wir müssen endlich in Köpfe und nicht nur in Beton investieren, forderte die Hochschullehrerin.

In lockerer Atmosphäre wurden viele

weitere Themen angesprochen. Darunter: Rente, Asyl und Flüchtlinge, Wirtschaft und Mittelstand, innere Sicherheit und (christliche) Werte. Dabei stellte sich ein großer Schwerpunkt heraus, die Digitalisierung. Sie ist „das Thema der Zukunft“ (Prof. Leich) und das in nahezu allen Bereichen des Lebens. Auf diese zentrale Frage müssen wir Antworten geben können, zumal wir die Kommunalwahlen vor der Brust haben. Abschließend forderte Florian Philipp, dass die Digitalisierung als Querschnittsthema in die Staatskanzlei gehört.

Text: Maximilian Schmidt

Fotos: Carsten Gloyna

„Industrie 4.0 – Grenzenlose Automatisierung?“

Unter diesem Titel fand ein weiterer Themenabend der MIT Magdeburg und des Landtagsabgeordneten Florian Philipp Ende November statt. Nach der Begrüßung durch Florian Philipp führte der Gastgeber Prof. Dr. Ing. Ulrich Jumar

durch das Technikum seines „Institutes für Automation und Kommunikation e.V.“ (ifak) in der Denkfabrik des Wissenschaftshafens. Im Anschluss an diesen Rundgang, der alle Technikfreaks begeisterte, hielt Prof. Jumar einen Fachvortrag

zum Thema: „Automation – Forschung und Entwicklung für den Mittelstand“ und gab einen Überblick.

Das ifak ist Gründungsmitglied der „Deutschen Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse“, kurz: Zuse-Gemeinschaft und Prof. Jumar der Vorsitzende des Innovationsrates. Die Zuse-Gemeinschaft vertritt die Interessen unabhängiger privatwirtschaftlich organisierter Forschungseinrichtungen. Dem technologie- und branchenoffenen Verband gehören 76 Mitglieder bundesweit an. Sie zeichnen sich durch praxisorientierte Forschung für mittelständische Unternehmen aus.

„Der ‚German Mittelstand‘ ist positiv besetzt und hier setzt die Zuse-Gemeinschaft als ‚Forschungsmittelstand‘ an, erläuterte Prof. Jumar und stellte fest: „Prozessautomation made in Germany ist ein Exportschlager.“

Im abschließenden Fachgespräch zum Thema diskutierten Prof. Jumar, Carmen Niebergall (Unternehmerin) und Florian Philipp über Chancen und Risiken der Automatisierung.

Maximilian Schmidt

Foto: Carsten Gloyna



Kultur im Norden – diesmal: Harz

Der Landtagsabgeordnete Andreas Schumann besuchte vor kurzem in seiner Funktion als kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion den benachbarten Landkreis Harz, zu dem es bekanntlich aus Magdeburger Sicht eine Fülle von historischen und kulturellen Bezügen gibt.

Zunächst erfolgte ein Rundgang mit Dr. Oliver Schlegel von der Unteren Denkmalschutzbehörde/Kreisarchäologie Harz, dem sicher besten Kenner der Situation vor Ort, durch die Welterbestätte Quedlinburg. Ein besonders Augenmerk wurde dabei auf die denkmalpflegerischen, restauratorischen und förderrechtlichen Aspekte für den Baubestand in der Stadt gelegt. Hier ist in den Jahrzehnten seit der Einheit bereits Hervorragendes geleistet worden und die Dinge sind auf einem guten Weg. Anschließend ging es in das benachbarte Städtchen Wegeleben, das noch nicht vom Tourismus entdeckt wurde. Folglich sind die denkmalpflegerischen und städteplanerischen Herausforderungen dort ganz andere –

eine überaus aufschlussreiche Gegenüberstellung!

Die dritte Station der kleinen Reise führte in das nahe Halberstadt. Gemeinsam mit dem Landtagskollegen Daniel Szarata MdL wurde das Gleimhaus besucht, das erste und älteste deutsche Literaturmuseum, welches den sehenswerten Nachlass von Johann Wilhelm Ludwig Gleim beherbergt. Gleim war ein renommierter Dichter und Sammler. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde die Trägerschaft an den Förderkreis Gleimhaus e.V. übertragen. 1994 wurde das Gleimhaus durch den ersten Museumsneubau in den neuen Bundesländern erweitert. Die Direktorin des Gleimhauses, Frau Dr. Ute Pott, führte die beiden Abgeordneten durch das Museum und gab einen überaus sachkundigen Einblick in das Leben und die Werke Gleims. Gerade in der heutigen Zeit kommt der Epoche der Aufklärung eine ganz besondere Bedeutung zu, die es sich bewusst zu machen gilt!

Rainer Kuhn

Bild oben: Dr. Oliver Schlegel von der Unteren Denkmalschutzbehörde/Kreisarchäologie Harz und Andreas Schumann MdL auf dem Marktplatz von Wegeleben.

Bild unten: Direktorin Dr. Ute Pott, Andreas Schumann MdL sowie Daniel Szarata MdL in der Bibliothek des Gleimhauses Halberstadt.

Fotos: Rainer Kuhn



Polizeidirektion Nord besucht



Ende Januar hatten Mitglieder der Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg Gelegenheit, sich über die Arbeit der Leitstelle der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord zu informieren. Andreas Schomaker, Polizeipräsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, hatte dazu die Fraktion eingeladen.

Die diensthabende Leiterin Katja Scheel erklärte den organisatorischen Aufbau in der Polizeidirektion, die den gesamten nördlichen Bereich von der Altmark bis hin zum Harz umfasst und die hochmoderne Computertechnik, die in der Leitstelle zum Einsatz kommt. Diese wichtige Technik ist für den gesamten nördlichen Bereich Sachsen-Anhalt notwendig. Nur mit ihrer Hilfe können die durchschnittlich 13.000 Notrufe im Monat in diesem Gebiet schnell bearbeitet und dann sicher das Erforderliche

veranlasst werden.

Im Anschluss besuchte die Fraktion noch den (ZPG) Zentralen Polizeigewahrsam. Dort erläuterte Polizeihauptkommissar Andreas Hase den Stadträten den Polizeigewahrsam und zeigte die unterschiedlichen Arten von Zellen. Randalierer, Betrunkene, Schläger oder Räuber, für sie alle ist genug Platz in Sachsen-Anhalts größtem ZPG. Die sogenannten „Gäste“ kommen aus allen Revieren im Norden des Landes.

Unseren Dank für diesen sehr interessanten und informativen Nachmittag gilt unserem Gastgeber Polizeipräsident Andreas Schomaker und allen in der Leitstelle eingesetzten Kolleginnen und Kollegen für Ihren Dienst zu unser aller Sicherheit.

Text und Foto: Ratsfraktion

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg
Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.)
Tobias Krull, Manuel Rupsch,
Rainer Kuhn
Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Druck: Max Schlutius Magdeburg GmbH
& Co. KG

Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich
Namentlich gekennzeichnete Artikel
spiegeln nicht grundsätzlich die Mei-
nung der Redaktion wieder.



Eindrücke vom Neujahrsempfang

22. Januar 2018



Fotos: Birgit Lebe

